

FLÜCHTLINGSRAT HAMBURG

und

**café
EXIL**

Spaldingstraße 41 Tel. 236 82 16

presents:

**Infoabend am 20.02.09
in der Havenvokü Beginn: 19:00 Uhr
Hafenstraße 116**

Das Verhältnis der deutschen Staatsbürger_Innen und der staatlichen Institutionen zu Menschen ohne deutschen Pass ist nach wie vor inakzeptabel. Thema soll heute daher insbesondere die institutionalisierte Ausgrenzung sein. Der teilweise erfolgreiche Versuch der Desintegration muss als Antwort auf die unkontrollierte und ungehorsame Praxis der Migration, deren Akteure sich weigern ihr Leben territorialen Zwängen zu unterwerfen, verstanden werden. So verfügt der Staat über eine Reihe von rassistischen Sondergesetzen, die ausschließlich für Menschen ohne deutschen Pass gelten. Diese Gesetze zielen vor allem darauf ab diese ungehorsame Praxis zu kontrollieren und ihr ihre Regeln aufzuzwingen. Am härtesten betroffen sind die Menschen, denen der (nicht-)Status der Duldung zugeschrieben wird.

Als Vertreterin und Symbolfigur der staatlichen Praxis steht die Ausländerbehörde. Sie bringt die rassistischen Sondergesetze zur Anwendung. Zu diesen Sondergesetzen kommen die rassistischen Diskurse, die in der deutschen Gesellschaft und somit auch in den Köpfen der Mitarbeiter_Innen in den Ausländerbehörden virulent sind. Sie tragen zur Verschärfung der rassistischen Ausgrenzungspraxen bei. Die Ermessensspielräume der Mitarbeiter_Innen bei der Umsetzung der Sondergesetze sind groß und lassen Raum für Machtspiele.

Eine Taktik der Ausländerbehörden im Kampf gegen migrantische und antirassistische Praxis ist seit jeher der Versuch der Isolierung und rigorosen Abschiebung der Migrant_Innen. Die Neueröffnung einer Außenstelle der Ausländerbehörde mit zentraler Erstaufnahme und Abschiebeabteilung in der Sportallee im Norden Hamburgs ist Bestandteil dieser Strategie. Menschen wird so der Zugang zu Rechtsanwält_Innen, Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen sowie die Kontaktaufnahme zu migrantischen Netzwerken erschwert. Abschiebungen, immer häufiger auch nach dem DublinII-Abkommen, sollen effektiver vorbereitet und durchgesetzt werden. Minderjährige Migrant_Innen werden in dem bürokratisch, rassistischen Verfahren der Altersfiktivsetzung willkürlich älter gemacht. Dadurch werden ihnen wesentliche Rechte zum Schutz Minderjähriger vorenthalten, sie können in andere Bundesländer umverteilt werden, sind leichter abzuschieben, auch nach dem Dublin II-Abkommen und ihnen wird somit einen pädagogischen Beistand verwehrt. Die BRD umgeht somit humanistisch begründete Menschenrechte (wie die UN Kinderrechtskonvention), denen sie sich sonst offiziell immer sehr verpflichtet fühlt und zu denen sie im Umgang mit

Migrant_Innen allzu oft im Widerspruch gerät. Nicht zuletzt problematisch an der neuen Außenstelle ist ihre direkte Nachbarschaft zum Hamburger Abschiebeflughafen und zum Abschiebeknast Fuhlsbüttel.

Dennoch migrieren Menschen erfolgreich und werden es weiterhin tun. So wählen Migrant_Innen, durch die Migrationsabwehr- und Kontrollpraxis der Ausländerbehörde immer öfters den Weg in die Illegalität und entziehen sich so komplett dem staatlichen Kontroll- und Diskriminierungswahn. Die Migrant_Innen sind nämlich keine wehrlosen Opfer, sondern verfügen über ein Praxiswissen um (staatliche) Diskriminierung zu unterwandern. Dennoch sind die Wege des Ungehorsams und der Widerständigkeit keine leichten Wege. Sie erfordern alltägliche Kämpfe für einen Alltag, der Menschen mit einem deutschen Pass selbstverständlich ist. Das Café Exil und der Flüchtlingsrat sind Bestandteil des migrantischen Widerstandes und Rädchen im Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte. Wir wollen euch informieren und dazu ermuntern teilzunehmen am, hauptsächlich mit den Waffen der Bürokratie ausgefochtenen, Kampf um Anerkennung und Rechte, und dem Versuch, die Isolierung und Abschiebung von Menschen zu unterwandern.

Wie freuen uns auf euch und eure Teilnahme!

Mit freundlicher Unterstützung der:

